

An  
Vertrauensleute, Betriebsräte, Vorstände und  
weitere Organe aller DGB-Gewerkschaften

## **Für eine Großdemonstration in Berlin gegen die Politik der Großen Koalition**

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

es gibt in anderen Ländern weit geringere Gründe, auf die Straße zu gehen oder gar zum Generalstreik aufzurufen als das, was die Große Koalition im Koalitionsvertrag festgelegt hat. Die „Sanierung“ des Staatshaushaltes führte in der Vergangenheit in erster Linie zu Lasten der Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentner/innen und ihren Familien. Das ist heute um so mehr der Fall.

- Die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ist gesellschaftlicher Wahnsinn. Bei einer Massenarbeitslosigkeit von annähernd 5 Millionen und steigender Jugendarbeitslosigkeit sollen die Älteren länger arbeiten, damit die Anderen noch geringere Chancen haben, einen Arbeitsplatz zu finden. Es ist schlichtweg unvorstellbar, dass die Mehrheit der Menschen gesund bis 67 arbeiten kann. Wer vorher herausgeht, wird gewaltige Abschläge in Kauf nehmen müssen, die viele in die Altersarmut treiben, vor allem diejenigen, die nicht genug verdienen, um private Vorsorge zu treffen.
- Die Nullrunde bei den Rentner/innen bedeutet nichts anderes als die Absenkung der Renten und weiterer Abbau von Kaufkraft. Auch hier wird es diejenigen mit geringeren Renten hart treffen.
- Die Mehrwertsteuererhöhung auf 19 % (ein „Kompromiss“ zwischen 16 % (SPD) und 18 % (CDU) ist die unsozialste Form der Steuererhöhung. Sie trifft vor allen Dingen diejenigen, die einen Großteil ihres Einkommens brauchen, um leben zu können. Produkte und Dienstleistungen werden um etwa 20 Milliarden teurer. Das ist Gift für die Nachfrage, Gift für die Konjunktur und auch für den Mittelstand. Die soziale Ungerechtigkeit gegenüber Arbeitslosen und Rentner/innen liegt auf der Hand.
- Die Aushöhlung des Kündigungsschutzes durch eine Verlängerung der Probezeit auf zwei Jahre ist ein offener Bruch des Wahlversprechens der SPD. Dort wurde noch gesagt, dass der Kündigungsschutz nicht angetastet wird.
- Weitere Verschärfungen bei Hartz IV, u. a. für die unter 25-jährigen, führt die bisherige Politik gegen die Erwerbslosen fort.
- Die Senkung der Körperschaftsteuer wird zwar zur weiteren Erhöhung der Gewinne führen, aber gleichzeitig die öffentlichen Kassen belasten und nicht zu arbeitsplatzwirksamen Investitionen führen.

usw.

Diese Politik wird weder dazu führen, dass die Massenarbeitslosigkeit abgebaut wird und die Konjunktur in Gang kommt, noch wird sie wirklich die Staatsfinanzen sanieren. Sie belastet die Mehrheit der Bevölkerung und wagt sich nicht an die dringend erforderliche gesellschaftliche Umverteilung von oben nach unten. Gegen die massenhafte Arbeitsplatzvernichtung großer Konzerne trotz gewaltiger Gewinne zeigt sie sich blind, ebenso gegenüber den verschärften Angriffen der Arbeitgeberverbände auf Tarifverträge und soziale Standards.

Es ist für uns nicht zu ertragen, dass es von den deutschen Gewerkschaftsführungen keine wahrnehmbaren Anstrengungen gibt, entschiedene Opposition gegen diese Politik zu betreiben und die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung in konkrete Gesetze durch außerparlamentarische Aktivitäten zu verhindern. Wir halten dies für dringend notwendig. Ansonsten werden die Gewerkschaften weiter an gesellschaftlichem Einfluss verlieren. Die Herstellung von Anschlussfähigkeit an die Politik der Großen Koalition ist der falsche Weg.

Verschiedene soziale und politische Gruppen, zu denen auch die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken gehört, wollen im Frühjahr Aktivitäten, Aktionen und Großdemonstrationen gegen die Politik der Großen Koalition organisieren. Wie bereits bei der Demonstration am 1. November 2003 können solche Demonstrationen äußerst erfolgreich sein, wenn sich die gewerkschaftlichen Basisgliederungen aktiv an der Mobilisierung und Organisation beteiligen.

Zentrale Forderungen einer Gegenbewegung könnten aus unserer Sicht sein:

- Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten, damit es Spielräume für eine soziale Reformpolitik gibt (z. B. Einführung der Vermögensteuer, Rücknahme der Unternehmensteuerreformen usw.)
- für einen gesetzlichen branchenübergreifenden Mindestlohn von 10 Euro/Stunde
- gegen Arbeitszeitverlängerung, sofortige gesetzliche Festschreibung der 35 Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und gewerkschaftlicher Kurs auf die 30 Stundenwoche
- Verkürzung des Renteneintrittalters auf 60 Jahre statt Verlängerung
- keine Mehrwertsteuererhöhung, stattdessen stärkere Besteuerung der Reichen und Unternehmer
- kräftige Reallohnsteigerungen bei Tarifikämpfen
- Hartz IV muss weg – Existenz sicherndes Mindesteinkommen von 500 Euro plus Unterkunftskosten und Heizung

Dies sind nur einige Beispiele. Im Mittelpunkt müsste die Forderung nach Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten stehen. Dies würde eine Klammer bilden für die verschiedenen Forderungen der Gewerkschaften, der Erwerbslosen, der Rentner und Rentnerinnen sowie die Studenten und Studentinnen.

Wir würden uns freuen, wenn Ihr unseren Vorstoß unterstützt. Diesem Schreiben liegt noch eine Unterschriftenliste bei, in dem der DGB-Bundesvorstand aufgefordert wird, sich an der außerparlamentarischen Mobilisierung zu beteiligen. Wir sollten unsere Führung nicht aus der Verantwortung entlassen, aber sollten selbst tätig werden. Bitte setzt euch mit uns in Verbindung.

Mit kollegialen Grüßen  
Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken  
Kontaktadresse: HKroha@t-online.de